

Bezugspreise: Vierteljährlich 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: Vierteljährlich 10.- M., einjährlich 30.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97

Montag, den 12. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten

Kahr und Roth gestürzt!

München, 12. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Ministerpräsident Kahr und der deutsche Justizminister Roth haben in der Nacht zum Sonntag ihren Rücktritt erklärt. Der bayerische Landtag hat sein Ministerium Kahr desavouiert. Der Regierungsantrag, an die Erklärung der Bereitwilligkeit zur Aufhebung des Belagerungszustandes eine Formel anzufügen ...

Die Umstände aber, die zu einer Abkehr selbst der bürgerlichen Mitte, mit Ausnahme der bayerischen Rechtsradikalen, von dem Ministerium Kahr geführt haben, sind so bedeutungsvoll für die Beurteilung des Kahr'schen Regierungskampfes, daß sie die Reichsregierung und jeden wahren Freund der Republik überzeugen müssen, daß hier im Interesse des Reichsganzen kräftig zugegriffen werden muß, um den Giftstoff im Körper des deutschen Freistaates gründlich auszuschleiden.

Nach Rückkehr des parlamentarischen Führers der Berliner Delegation, Held, bildete sich zwischen diesem und Kahr ein immer schärferer Gegensatz heraus.

Von einwandfreier und gut informierter Seite erfahren wir, daß Kahr über das von Held überbrachte Kompromiß entsetzt war, daß andererseits Held von vornherein kein Geheimnis daraus machte, daß er mit oder ohne Kahr eine Verständigung mit dem Reich herbeiführen werde. Er bat Kahr, im väterländischen Interesse auf seinem Posten zu bleiben und durch sein Ausscheiden nicht den Anlaß zu schweren inneren Erschütterungen zu geben.

Von der ersten Berichterstattung des Abgeordneten Held am Freitag mittag ab datiert nun das unablässige Bestreben des Ministerpräsidenten und seines Anhangs, eine Unterwerfung unter das Berliner Diktat zu verhindern.

Der Gegensatz Kahr-Held tritt mit aller Deutlichkeit aus Helds Eröffnungsrede im Landtagsauschuß zutage, wobei Held ausführte: „Wir haben in Bayern eben doch nicht genügend Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten des Reiches gehabt! Es ist für die Reichsregierung nicht leicht, den Schritt, den sie einmal getan hat, zurückzuschrauben. Wir müssen auch dafür Verständnis haben.“ Schließlich gebrauchte er als Eingeständnis der eigenen Fehler das Eigenschaftswort, das bisher in der bayerischen Presse Ministerpräsident Kahr geschmäht hatte: „Bayerische Hochbeinigkeit.“

Was jeder Eingeweihte in München wußte, daß nämlich staatliche Organe getreu der Tendenz ihres Ministerpräsidenten diese kindischen Manöver unterstützen, sprach der demokratische Redner als Mitglied der Regierungskoalition offen aus: „Das Verhalten der Presse in den letzten Tagen war der größte Anflug. Sie hat offenbar aus Quellen geschöpft, die vielleicht richtig unterrichtet waren, aber doch ein Interesse daran hatten, eine andere Darstellung in die Öffentlichkeit zu bringen. Es wird notwendig sein, hierüber eine eingehende Untersuchung zu pflegen.“

Also Brandmarkung der Kahr'schen Katastrophenpolitik von allen Seiten! — Wie verlassen mag sich Kahr vorgekommen sein, als selbst der deutschnationalen Sprecher sagte: „Wir halten am Reich fest auch mit seiner Weimarer Verfassung, die wir nicht mit Gewalt umstoßen wollen!“

Kahr hatte dem Landtagsauschuß die Entscheidung überlassen, in der Erwartung, daß die Drohung mit seinem Rücktritt den Ausschuß veranlassen würde, das Berliner Kompromiß abzulehnen. Gegen alles Erwarten siegte der Einfluß Helds. Kahr geriet aber immer mehr in das Fahrwasser seiner deutschnationalen Erfolgshaft. Während die Minister und der Staatssekretär auf den Gängen des Landtages den Zusammenhang mit den Parteiführern und Abgeordneten wahrten, blieb Kahr während der Verhandlungstage unter dem bannenden Blick des deutschnationalen Justizministers Roth, der ihn im Eckraum seines Amtszimmers festzuhalten verstand.

Hier wurden auch die ständigen Rücktrittsdrohungen ausgebrütet, hier wurde auch mit allem Ernst auf Kahr eingewirkt, den Abschied zu nehmen, um den Putschisten die Bahn freizumachen. Denn gegen wen sollten sie eigentlich pfeifen? Etwa gegen Kahr selbst? Die Freigabe des Sessels des Ministerpräsidenten hätten den Anhängern den Anlaß zum Losschlagen gegeben.

Nun ist der Rücktritt vielleicht zu spät gekommen; denn das Volk weiß, daß die Bayerische Volkspartei geschlossen gegen das Ministerium gestimmt hat.

Das Fallen des Bösen Kahr hätte zum Ausputzen nur dann Zugkraft gehabt, wenn er als Repräsentant des bayerischen katholischen Volkvolkes im Kampf gegen das rote Berlin gefallen wäre.

Der Ablehnungsbeschuß wurde unter dem übermächtigen Eindruck der Rede des Fraktionsvorsitzenden der Bayerischen Volkspartei Speck gefaßt. Seine Schlussworte waren: „Es ist endlich Zeit, daß man den Ernst der Lage ernst richtig erfährt. Der Standpunkt der bayerischen Regierung ist zu achten, die andere Meinung ist aber auch zu achten. Zur Verständigung ist es jetzt die allerhöchste Zeit!“

Kahr ist gefallen über seine eigene Stiernackigkeit. Vielleicht hat er sogar einem Druck von rechts nachgegeben, um den Desperados der Straße Raum zu geben.

Mit Kahr ist ein Volksschädling gegangen! Er hat kein ehrliches Spiel mit dem Volk, mit dem ihm als Treuhänder anvertrauten Freistaat getrieben!

Er hat während der letzten Verhandlungstage Zeit gefunden, die Reise nach Berchtesgaden zu machen, um den Kronprinzen Rupprecht zu sprechen, er hat seinen „Rothammerlaß“ in jämmerlicher Form zu demontieren verjucht und damit zugegeben, daß er durch die Wiedererrichtung der Einwohnerwehr Reichsinteressen aufs Spiel zu legen wagte. Die monarchistische Oistatmosphäre seiner Umgebung brachte es soweit, daß parlamentarische Führer aller Parteien sich unter dem Druck des Kahr'schen Putschgespenstes verständigten, ohne Gebrauch der Machtmittel des Justizministers das Vastauto von Wiesbach, das die Putschproklamationen bringen sollte, auszuheben.

Tiefer kann das Vertrauen zum Staatsoberhaupt nicht mehr sinken.

Kahr ist tot! Der Weg ist frei für eine neue bayerisch-deutsche Politik! Möge man in Berlin erkennen, daß der Bayer kein heimliches Wesen und seine Selbständigkeit liebt, und möge man den Bayern Brücken bauen zu einer Zusammenarbeit mit dem Reich im Geist eines neuen Vertrauens!

Wir haben den Ausführungen unseres Münchener Berichterstatters nur hinzuzufügen, daß die Selbständigkeit Bayerns von Berlin aus ebensovienig bedroht wird wie jene Sachsens, Württembergs, Badens, Hessens usw. Sondern die Sache liegt so, daß sich die alte echt preussische Reaktion in Südbayern verbarrikadiert hat und ihre Barrikaden mit den blauweißen Fähnchen der „bayerischen Selbständigkeit“ schmückt. Weil Kahr-Roth-Boehner Handlanger dieser Reaktion waren, weil Südbayern unter ihrer Regierung zu einem Gefahrenherd für die deutsche Republik wurde, kam es zum Kampf über die Verordnung des Reichspräsidenten auf der einen Seite und den bayerischen Belagerungszustand auf der anderen. In dem Augenblick, in dem in München eine Regierung am Ruder ist, in deren republikanische Zuverlässigkeit man Vertrauen setzen kann, wird sich der Ausgleich zwischen Berlin und München sehr leicht vollziehen, ohne daß der bayerischen Selbständigkeit ein Haar gekrümmt wird.

Jetzt handelt es sich vor allem darum, daß Bayern rasch zu einer republikanisch zuverlässigen parlamentarischen Regierung kommt. Jede Unsicherheit bei der Regierungsbildung, jedes Interregnum würde die drohende Gefahr

Streik in den städtischen Werken.

Die heutige Stilllegung des Berliner Straßenbahnverkehrs hat ihre Ursache in dem Streik der Festangestellten der städtischen Werke, deren Forderung nach Aufrechterhaltung des bisherigen Tarifvertrages vom Magistrat abgelehnt wurde. Die städtischen Arbeiter sind dadurch in der Lage, Arbeit zu leisten, zu deren Ausführung die Tätigkeit der Werkmeister und der technischen Angestellten notwendig ist. Die Folge davon ist die völlige Stilllegung des Elektrizitätswerks. Zur Stunde finden Verhandlungen statt, in denen der Magistrat hoffentlich seine Stellung ändern und den Konflikt beilegen wird.

Die Berliner Bevölkerung wird am heutigen regnerischen Morgen nicht wenig erstaunt gewesen sein über die Einstellung des Straßenbahnverkehrs. Die Arbeiter und Angestellten der Stadt Berlin sind an diesem neuesten Stillstand der Berliner Elektrizitätswerke und der Straßenbahnen nicht schuld. Der Allein Schuldige ist in diesem Falle der Magistrat, der in einer fast unverständlichen Weise die Wünsche seiner Angestellten abgelehnt hat. Die Dinge liegen so:

Die Festangestellten der Städtischen Werke hatten mit dem Berliner Magistrat einen Tarifvertrag abgeschlossen. Ein Teil der Festangestellten hatte den Wunsch, in die Befolungsordnung eingereiht zu werden, und bearbeitete den Magistrat in dieser Richtung, bis er schließlich den Tarifvertrag kündigte. Die Festangestellten in ihrer Mehrheit hatten aber absolut kein Verlangen danach, Beamte der Stadt Berlin zu werden, und bestanden darauf, daß die Kündigung des Tarifvertrages vom Magistrat zurückgenommen wird. Dieser lehnte aber selbst dann noch ab, als bereits ein Schiedspruch des Groß-Berliner Schlichtungsausschusses den Angestellten recht gab. Nachdem der Demobilisierungskommissar diesen Schiedspruch für verbindlich erklärte und die Angestellten bereits mit 95 Prozent den Streik beschlossen hatten, falls der Schiedspruch nicht anerkannt würde, hat der Magistrat ihn am Sonnabend abermals abgelehnt und die Entscheidung des Reichsarbeitsministers angerufen.

Daraufhin sind die Festangestellten gemäß ihrem Beschluß in den Streik getreten. Dadurch sind die Städtischen Werke heute ohne ihre in verantwortlicher Stellung befindlichen Werkmeister usw. Nicht ohne Recht weigern sich nun die Arbeiter des Elektrizitätswerkes, unter ihrer Verantwortung die Arbeit auszuführen.

Die Haltung des Magistrats dürfte nicht ohne Wirkung sein auf die heute zum Abschluß kommende Abstimmung der städtischen Arbeiter über ihren Schiedspruch. Bis zum heutigen Morgen hatten von den Arbeitern, die bisher abgestimmt hatten, sich circa 65 Prozent für die Annahme des Schiedspruches erklärt. Wir geben der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß sich die städtischen Arbeiter in ihrer weiteren Abstimmung nicht beeinflussen lassen und so

neue Schwierigkeiten auslösen. Dadurch könnten höchstens die in diesem Augenblick zwischen dem Oberbürgermeister, der Zentralstreikleitung und der Komba gepflogenen Verhandlungen unlesbar beeinflusst und die Hoffnung auf baldige Beilegung des Konflikts vernichtet werden. Gleichzeitig richten wir eine ernste Mahnung an unsere Genossen in den städtischen Werken, sich nicht durch kommunistische Agitatoren, die es schon wieder sehr notwendig haben, zu Dummheiten verleiten zu lassen. Bleibe jeder auf seinem Posten und verrichte jeder seine Arbeit, soweit sie ohne die Festangestellten bisher verrichtet wurde.

Aber gleichzeitig müssen wir vom Berliner Magistrat verlangen, daß er unverzüglich seinen ganz unglaublichen Standpunkt ändert und den Wünschen seiner Angestellten Rechnung trägt. Wir sind um so mehr berechtigt, dieses Verlangen mit allem Nachdruck zu äußern, als die Erfüllung der Forderungen den Magistrat keinen Pfennig kostet, da die Festangestellten nicht um Erhöhung ihrer Gehälter, sondern um die Beibehaltung des bestehenden Rechtszustandes kämpfen. In diesem Kampfe besitzen sie in vollstem Maße die Sympathien der gesamten Berliner Arbeiterschaft.

Die Berliner Gewerkschaftskommission teilt mit: Die Festangestellten des Magistrats befinden sich im Streik. Dadurch sind große Teile der Arbeiterschaft gezwungen zu sein. Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, überall dort, wo die Möglichkeit zur Arbeit gegeben ist, sei es durch Selbstverzeugung von Strom usw. zu arbeiten und sich ihren Betrieben zur Arbeit zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich für die Arbeiterschaft nicht um einen Solidaritätsstreik. Auch die Elektrizitätsarbeiter befinden sich nicht im Streik, sondern sie führen nur keine Streitarbeit aus.

Ergebnislose Verhandlungen?

Die Verhandlungen beim Oberbürgermeister scheinen ergebnislos verlaufen zu sein. Die wir schon erfahren, sind die Parteien um 1 Uhr zu neuen Verhandlungen im Handelsministerium zusammengetreten. Offenbar ist der Oberbürgermeister der Auffassung, daß dieses Ministerium darüber zu entscheiden hat, ob die durch den Oberpräsidenten als Demobilisierungskommissar erfolgte Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches zu Recht besteht oder nicht. Nach unserer Auffassung ist dafür allein das Reichsarbeitsministerium zuständig, das der Magistrat nach dem Beschluß seiner Sonnabend-Sitzung anrufen wollte.

Angeichts der verfahrenen Situation und zur Vermeidung weiterer Schäden für die Stadt Berlin hatten wir es für außerordentlich notwendig, daß der Magistrat noch heute zu einer Sitzung zusammenberufen wird.

eines Rechtsputzes vergrößern. Mögen alle verantwortlichen Politiker Bayerns sich diese Tatsache vor Augen halten und ihr entsprechend handeln.

Die entscheidende Sitzung.

Über die entscheidende Nachsitzung des Ständigen Ausschusses wird noch berichtet:
Am 11½ Uhr nachts wurde die Sitzung des Ständigen Landtagsausschusses fortgesetzt, nachdem die Vertreter der Koalitionsparteien vorher zu einer Besprechung zusammengetreten waren und vorher auch ein Ministerrat stattgefunden hatte, der nahezu drei Stunden dauerte. Der Vorsitzende Abg. Held unterbreitete die auf Grund der Stellungnahme der Koalitionsparteien gemachten Vorschläge dem Ausschuss. Diese beziehen sich auf die Veränderung des Verordnungsentwurfs in den §§ 4 und 7. Hierzu wurde folgende Fassung des § 4 vorgeschlagen:

„Zuständig für Verbote nach § 1 und 3 und für Beschlagnahme nach § 2 sind die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen. Der Reichsminister des Innern kann die Landeszentralbehörden um den Ausdruck eines Verbots oder einer Beschlagnahme ersuchen.“

Der letzte Satz dieses ursprünglichen § 4 soll dahin geändert werden:

„Glaubt die Landeszentralbehörde dem Ersuchen nicht entsprechen zu können, so kann der Reichsminister des Innern den Reichsratsausschuss anrufen.“ Im § 7 soll der Absatz 1 Satz 2 folgendermaßen lauten: „Die Beschlagnahme ist bei der Landeszentralbehörde einzurichten, die sie, falls sie ihr nicht abhelft, unverzüglich dem Obersten Gericht des Landes zur Entscheidung vorlegt.“

Die Einleitung zu den Gegenvorschlägen soll lauten: Die bayerische Staatsregierung hat sich mit den Verhandlungen in Berlin befaßt. Sie ist dann in der Lage, den Vorschlägen beizutreten, wenn die Polizeihochheit der Länder wiederhergestellt wird und wenn die §§ 4 und 7 die obige Fassung erhalten. Weiter wird folgende Schlussbemerkung vorgeschlagen: Unter der Voraussetzung, daß die Reichsregierung dem Wunsch der bayerischen Regierung entspricht, erklärt sich diese bereit, der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern näherzutreten.

Ein Antrag Klemm, die Schlussbemerkung dahin zu fassen, daß unter dieser Voraussetzung die bayerische Staatsregierung mit Inkrafttreten der Reichsverordnung den Ausnahmezustand von sich aus aufheben wird, wurde abgelehnt. Darauf wurde die neue Fassung des § 4 und 7 nach längerer Aussprache bei Stimmabgabe der sozialistischen Linken angenommen. Bei der Abstimmung über Einleitung und Schlussworte des Gegenvorschlags entließ sich auch die Fraktion der Bayerischen Mittelpartei der Stimme, da sie die Auffassung vertrat, daß es der Regierung zukomme, zunächst ihrerseits hierfür Vorschläge zu machen.

Die Staatsregierung wurde beauftragt, alsbald zu den Beschlüssen des Ausschusses Stellung zu nehmen.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet morgen mittag 11 Uhr statt.

Der Reichstagsausschuss über Bayern.

Die heutige Sitzung des Überwachungs Ausschusses konnte erst nach 11 Uhr beginnen. Bis dahin wurden dauernd Besprechungen zwischen den Parteiführern und dem Reichstagskanzler geführt. Bei Beginn der Sitzung liegt der schon angekündigte Antrag der Deutschnationalen vor, der die Verordnung des Reichspräsidenten aufheben resp. abändern will.

Es entspinnt sich zunächst eine Geschäftsordnungsdebatte, in der sich der Abg. Hergt (Dnat. Vp.) über die Nichtabhaltung der Sitzung am 8. September beklagt. Er wird von dem Abg. Dittmann (U. Soz.) darauf hingewiesen, daß die Deutschnationalen es gerade gewesen seien, welche der Aenderung der Sitzung am 8. September widersprochen hätten. Nachdem erstattet Dr. Beyerle (Bayer. Vp.) Bericht über die Entwicklung der Dinge in München in den letzten 48 Stunden. Er erklärte, daß die Erregung in Bayern davon ausgegangen sei, daß man die Verordnung des Reichspräsidenten als einen Eingriff in die Polizeihochheit Bayerns empfunden habe. Man habe den Eindruck gehabt, als ob das Reich es auf eine Kraftprobe ankommen lassen wolle. Die Verhandlungen in München haben sich nun mit den Verhandlungen in diesem Ausschuss und dem Antrag der U. Soz. gekreuzt. Die Zugehörigkeit der Vertreter der bayerischen Koalitionsparteien zu den Verhandlungen zwischen der bayerischen Regierung und der Reichsregierung sei zwar ein außergewöhnlicher Schritt, der aber der außergewöhnlichen Lage entspricht. Man ist in Bayern der Ansicht, daß die Verordnung vom

20. August einer Revision unterzogen und durch eine neue Fassung ersetzt werden müsse. Er komme gerade von den Verhandlungen, die in München sowohl in der bayerischen Regierung als auch in dem Ausschuss des bayerischen Landtages stattgefunden haben. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes als solchem habe nicht im Vordergrund der Verhandlungen gestanden, sondern immer habe es sich mehr um die Wahrung der Hoheitsrechte Bayerns gehandelt. Man sei in München von dem festen Willen befeuert, die Schwierigkeiten, die nicht von bayerischer Seite heraufbeschworen worden sind, zu überbrücken. Sämtliche Koalitionsparteien des bayerischen Landtages verlangen nun, daß über das am Mittwoch getroffene Kompromiß hinaus in zwei Richtungen entgegenkommen von der Reichsregierung gezeigt werde. Zunächst handelt es sich um den § 4 der bekannten Verordnung.

Gewünscht wird, daß an Stelle dieses Wortlautes folgender treten möge: § 4. 1. Zuständig für die Verbote nach § 1 bis 3 und für die Beschlagnahme nach § 2 sind die Landeszentralbehörden und die von ihnen bestimmten Stellen, 2. der Reichsminister des Innern kann die Landeszentralbehörden um den Ausdruck eines Verbots oder einer Beschlagnahme ersuchen, 3. Glaubt die Landeszentralbehörde einem solchen Ersuchen nicht entsprechen zu können, so kann der Reichsminister des Innern die Entscheidung des vom Reichsrat zu bestellenden Ausschusses anrufen. Zweitens wird gewünscht, daß für die Entscheidung über Beschwerden an Stelle des vom Reichsrat bestellten Ausschusses das Oberste Gericht des Landes treten solle.

Dr. Beyerle wies darauf hin, daß die Tendenz der Aenderungen dahin gehe, die Exekutive in größerem Umfange den Ländern zu überlassen. Wenn man in Berlin bereit sei, diesen Aenderungen zuzustimmen, erklärt man sich bereit, den Ausnahmezustand aufzuheben. Er möchte darauf hinweisen, daß infolge der neuen Verwirklichung

In Bayern eine politische Hochspannung

besteht und daß die jetzt vorgeschlagene Formulierung des Kompromisses von sämtlichen Parteien der Koalitionsregierung in Bayern getragen würde. Ferner betonte er, daß die Sozialdemokratische Partei sich bei der Abstimmung über das Kompromiß der Stimme enthalten habe, daß also das Kompromiß ohne Widerspruch mein erwarbt. von Seiten der Sozialdemokraten ist. Die Plattform sei sehr mühsam gefunden worden und ihre Annahme vom Reich werde heute in Bayern allgemein erwartet. Ein Fehlschlag würde eine ganz unhaltbare Situation schaffen. Der Name Kahr bedeutet in Bayern ein Programm, und es läßt sich nicht leugnen, daß der übergroße Teil des bayerischen Volkes hinter der Regierung Kahr steht. Die Bayerische Volkspartei behält sich im übrigen für den Reichstag einen Antrag vor, dahingehend, daß die Handhabung des Ausnahmezustandes und die Exekutive den Ländern überlassen werden müsse. Es sei notwendig, daß das Reich in diesem Falle auf sein formales Recht verzichte, und zwar zugunsten des Wohles des gesamten deutschen Volkes.

Reichstagskanzler Dr. Wirth

erklärt, daß er mit großem Interesse die Ausführungen des Abg. Beyerle angehört habe. Nur sei Herrn Beyerle ein kleiner Dertum unterlaufen. Wenn er meint, daß die Fassung des § 4, wie das Kompromiß vom Mittwoch ihn vorliegt, ein gewisses Unrecht gegen Bayern enthalte, so sei er geneigt, zu erklären, daß der zweite Absatz dieses Paragraphen auf Anregung der bayerischen Vertreter in Berlin, welche die Verhandlungen mit der Reichsregierung führten, so gefaßt worden sei. Und gerade dieser Abschnitt ist jetzt in Bayern nicht angenommen worden. Zur allgemeinen Lage müsse er erklären, daß offizielle Stimmen von Bayern noch gar nicht in Berlin vorlägen. Er sei der Meinung, daß die bayerischen Koalitionsparteien oder die bayerische Regierung in Berlin neue Verhandlungen eröffnen werden. Es sei unmöglich, heute abschließend dem bayerischen Verlangen auf Annahme der Formulierung zu entsprechen. Im weiteren führt der Reichstagskanzler aus, daß bei diesen neuen Verhandlungen der in Bayern durch den Rücktritt Kahr geschaffenen neuen politischen Situation Rechnung getragen werden wird. Zu der Tatsache, daß bis Kompromiß vom Mittwoch in München keine Annahme gefunden hat, wird die Reichsregierung Stellung nehmen, sobald sich eine Aenderung von München zugegangen ist. Ihm sei eine rasche Aussprache sehr erwünscht, die lieber heute als morgen stattfinden könnte.

Nach weiterer Debatte wurde die Sitzung des Ausschusses auf Donnerstag vertagt.

Aus dem besetzten Gebiet. Wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt, haben die Franzosen infolge wiederholter Proteste der Speyerer Stadtverwaltung die Polizeigewalt wieder den deutschen Behörden übertragen.

Die Thüringer Landtagswahlen.

Jena, 12. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Bei den gestrigen Thüringer Landtagswahlen wurden bisher folgende Teilergebnisse gezählt: Sozialdemokraten 41 270, U.S.P. 20 170, R.P.D. 15 647, Demokraten 12 480, Landbund 35 407, Deutschnationale Volkspartei 14 637, Deutsche Volkspartei 30 000, Zentrum 4099.

Im einzelnen ergeben sich folgende Resultate:

Aus Erfurt meldet WTB folgende Teilergebnisse aus den größeren Städten. Wir lassen hinter jeder Zahl die Ziffern von der Reichstagswahl 1910 zwischen Klammern folgen, um eine Vergleichsmöglichkeit zu bieten.

Jena: SPD. 7281 (7294), U.S.P. 807 (5652), R.P.D. 2033 (614), Dem. 2046 (3829), D. Vp. 5597 (7193), Dnat. 1766 (2357), Landbund 58, Ztr. 240 (294).

Weimar: SPD. 3356 (3498), U.S.P. 854 (2727), R.P.D. 1061 (79), Dem. 1025 (3081), D. Vp. 5548 (5903), Dnat. 2797 (3072), Ztr. 445 (375), Landbund 27.

Gera: SPD. 3600 (1865), U.S.P. 18 200 (20 780), R.P.D. 2900 (904), Dem. 1800 (2356), D. Vp. 14 480 (13 316), Dnat. 2300 (3800), Ztr. 260 (228), Landbund 130.

Reinigen: SPD. 1691 (1481), U.S.P. 570 (1450), R.P.D. 347 (24), Dem. 535 (914), D. Vp. 2693 (2300), Dnat. 1872 (1927), Ztr. 137 (137), Landbund 61.

Saalfeld: SPD. 2711 (2435), U.S.P. 309 (1507), R.P.D. 1153 (641), Dem. 604 (539), D. Vp. 1993 (1863), Dnat. 296 (457), Ztr. 61 (74), Landbund 115.

Rudolstadt: SPD. 1638 (1413), U.S.P. 107 (1536), R.P.D. 1182 (125), Dem. 449 (703), D. Vp. 1976 (2005), Dnat. 876 (1092), Ztr. 91 (64), Landbund 37.

Bismarck: SPD. 1287 (1897), U.S.P. 196 (1946), R.P.D. 1586 (41), Dem. 494 (665), D. Vp. 827 (922), Dnat. 1013 (1351), Ztr. 69 (83), Landbund 44.

Eisenach (67 Prog. Wahlberechtigung): SPD. 2220 (1744), U.S.P. 4261 (7317), R.P.D. 1417 (183), Dem. 1846 (2898), D. Vp. 3938 (5322), Dnat. 2056 (2100), Landbund 66.

Arnstadt: SPD. 404 (6), U.S.P. 3248 (4542), R.P.D. 1307 (528), Dem. 1002 (1583), D. Vp. 1995 (1659), Dnat. 1213 (1894), Ztr. 129 (127), Landbund 32.

Das Gesamtbild läßt bisher erkennen, daß die Sozialdemokratische Partei fast überall wesentlich zunimmt, während die Gesamtzahl der sozialistischen Stimmen infolge der Spaltung sich stark vermindert. Die Deutschnationalen erleiden erhebliche Verluste, während die Deutsche Volkspartei ihre Erbin ist.

Erfurt, 12. September. Ergebnisse der Wahlen für den Thüringer Landtag: Gothaer Wahlkreis einschl. Stadt: Kommunisten 14 435, Unabhängige 4425, Sozialdemokraten 2607, Demokraten 2152, Zentrum 263, Deutsche Volkspartei 11 910, Deutschnationale 4610, Landbund 7329, etwa 30 Ortsteile fehlen noch. Schwarzburg-Rudolstadt: Kommunisten 4861, Unabhängige 21 086, Sozialdemokraten 13 504, Demokraten 1186, Zentrum 124, Deutsche Volkspartei 5650, Deutschnationale 3034, Landbund 6252, 20 kleine Ortsteile fehlen noch.

Wahlauf Ruf der Demokraten.

Zu den Groß-Berliner Stadtverordnetenwahlen erscheinen die bürgerlichen Demokraten mit einem Wahlauf Ruf auf dem Plan, der sich charakteristischerweise fast ausschließlich gegen links richtet. Als Ziel wird bezeichnet, die „sozialistisch-kommunistische Mehrheit“ zu beseitigen und durch eine „Arbeitsmehrheit der Mitte“ zu ersetzen. Der bisherigen Stadtverwaltung wird alles erdenkliche Schlechte nachgesagt, am Schlusse aber wohlwollend verfährt, man wolle die Sozialdemokratie nicht gänzlich ausschalten, sondern die Kreise der Arbeiterschaft zur Mitarbeit heranziehen, die sich „ihrer Pflichten gegen die Gesamtheit bewußt“ sind. Aber dazu müßten diese Kreise „durch Beseitigung der bisherigen Mehrheit aus dem Schlepptau der kommunistischen Moskauer Garde“ befreit werden. — So ungefähr sagt die Deutsche Volkspartei auch.

Die bayerische Eigenart.

Aus München wird uns geschrieben:

Über das Land der Lederhose, der Weißwürste und des Rudi wurden in den letzten Wochen so viele falsche Vorstellungen in die Welt gesetzt, daß es Zeit wird, den übrigen deutschen Stammesgenossen ein anderes Licht unter die Nase zu halten. Die Regierung Kahr hat — vornehm ignorierend — die außerbayerischen Hunde bellen lassen. Der Fremdenstrom war sowieso am Berceben, und die Presse der Regierung verwies auf die Tatsache, daß das den Herren Kahr und Poehner zur Verweisung anvertraute ehemalige Königreich, die sogenannte „Ordnungszelle“, sich diesen Sommer eines ganz besonderen Besuches erfreute. Wenn auch der „Miesbacher Anzeiger“ entgegen den Interessen der Fremdenverkehrsvereine einen gewissen Teil der Gäste als Judenbagalch, als Schieber und Wucherer anspricht, so tat der Knoblauch doch dem bayerischen Teil keinen Abbruch, der nach dem Grundsatz „Geld stinkt nicht“ die Fremdenindustrie beherrscht. Daß dieser Antisemitismus doch auch zur neuesten bayerischen Eigenart, die der „Simplicismus“ diesen Sommer einmal in zwei Bildern glänzend karikierte: Auf dem einen stehen einige Stammesgenossen unseres schönsten deutschen Berggebietes beisammen und schimpfen über die Juden, und auf dem anderen verneigen sie sich devout vor einem sehr semitischen, fetten Schieberpaar.

Nein, die Bayern knüpfen wirklich nicht jeden Juden an den nächsten Pelternspahl. Sie haben ja auch keinen einzigen „Sau-preiß“, der mit seiner Lippenstange die bayerische Landschaft und Eigenart provozieren, auf dem Kraut gefressen. Die bayerische Gemütslichkeit lebt also noch, und es lebt auch noch die Zuneigung der anderen deutschen Stämme zu jenem Volke, das durch die vierwöchige Kaiserrepublik, die blutige Schlacht gegen die Sportfisten, die Einwohnerverschöner, kurz eben durch seine „Eigenart“, weltberühmt geworden ist.

Eine ganz besondere Zuneigung zu Bayern hat sich nun freilich einer sonst im weißblauen Lande nicht gern gesehenen Menschenart beschonigt. Jener Menschenart, die vor dem Arzenei in den deutschen Dichtbüchern als Muster der Unbeliebtheit figurierte. Nämlich der typische preußische Junker, der großmaulige schnobderige Schwendener, der mit der Kanonenschnauze aufstrebende preußische Leutnantstyp, der gewohnt war, wo er hinkam, durch Arroganz und Herausforderung aufzufallen und sich durchaus nicht gewandelt hat. Diesem „Kulturträger“ galt die ganze Verachtung des Süddeutschen seit 1866, und wo man über ihn schimpfte, hatte man das Ohr jedes Altbayern.

Eben diese Leute, die man in München sonst am liebsten in die Vor gepudert hätte, jene Urpreußen einer politisch reaktionären, durchaus undemokratischen Denk-

art, genießen eine Gastfreundschaft, die für die Annäherung zwischen Nord und Süd bezeichnend sein könnte, wenn sie tatsächlich vorhanden wäre. Die 12 000 bis 14 000 Studenten der Hochschulen, die einen großen Teil der nationalen Krawalelei bestreiten, genügen schon allein, um in München, den jedem Straßenrummel abholden Bürger und schließlich auch der übrigen Welt eine große Klasse vorzutauschen. Ihre Rührigkeit ist durchaus unbayerisch und antimünchenerisch. Aber sie führen dem Spießer Respekt ein damit und bilden eben durch Eifer und rücksichtsloses Draufgängertum eine verlässliche Stütze derer um Rudendorff, Poehner u. a., die alle nun für die „bayerische Eigenart“ schwärmen und kämpfen.

Eines der Hauptschlagworte in der Revolution war, daß die Umwälzung von landfremden Elementen gemacht worden sei. Tatsächlich aber hatten die Münchner und mit ihnen alle Altbayern im November 1918 das Durchhalten bis oben auf „bis“, und es wäre auch einem Geringeren als Eisner gelungen, die Monarchie zu beseitigen. Die bayerische Eigenart zur Zeit der Revolution bestand aber darin, daß, mehr noch wie sonst in Deutschland, der unpolitische Sinn großer Volksteile sich trotz entfaltete. Man denke sich den Sprung: Im Lande des ausgeprägtesten, großschäftigsten Partikularismus konnte sich während des Weltkrieges die Zentrale der imperialistischen Vaterlandspartei aufbauen und die kirchliche Presse die alldemokratische als Militarismusverherrlichung und Gewaltanwendung fast übertreffen. Was allerdings auch nur durch die Verstrickung dieser Presse in die Rege des Großkapitals möglich war. Nicht nur, daß die führende Großstadtspresse Bayerns bis auf verschwindende Ausnahmen in die geschäftliche Verwandtschaft der deutschnationalen Presse Norddeutschlands geraten ist, auch die geistige Leitung wurde süddeutscher Denkart entzündet. Die alte liberale „München-Kugsburger Abendzeitung“ erhielt von ihren deutschnationalen Kapitalisten in Berlin Leute mit den nötigen Direktiven in die Redaktion gesandt.

Keinlich sieht es mit den „Münchener Neuesten Nachrichten“, die als Hauptschriftleiter der preußische Marxistenfresser und „Demokrat“ Dr. Fritz Gerlach leitet, hinter dem ein deutschnationales Dreimännerkollegium steht, darunter auch eine preußisch-Berliner Parteigröße. Auch vom „Bayerischen Vaterland“ des feligen Preußenfressers Sigl wird behauptet, daß er eine finanzielle Unterausschreibung von Kreisen erhalten hat, die mit den vorgenannten identisch sind. Wo man also hinschaut: „bayerische Eigenart“. Die Auffassung der bayerischen Presse durch preußisches Kapital, von der Bevölkerung kaum bemerkt, geht ebenso sicher konstant wie nach 1870 die Militarisierung des Landes. Eine einflussreiche demokratische Presse gibt es überhaupt nicht mehr.

So macht die Enteignung der bayerischen Stammmkultur rapide Fortschritte, und es ist die eigene Regierung, die unter der

Vorspiegelung eines unachten „deutschen Patriotismus“ der Entgeistigung von süddeutschem Wesen Vorstoß leistet und die Seele des Volkes vergiften hilft. Ihre Tätigkeit erstreckte sich bisher stets darauf, die alldemokratischen Reichsverderber und Raufbolde, die Erzeuger des sozialen und politischen Unfriedens in Deutschland zu schänden. Die Regierung Kahr ist nichts weiter als der Treuhänder der importierten preußischen Reaktionsäre.

Je entschiedener man die „Verantwortlichen“ im Lande der Eigenart zwingt, sich zu entscheiden für die geeinte deutsche Republik oder für die monarchistische Reaktion, um so schneller wird der Spuk in Deutschland verschwinden. Die Scheidung der Geister heißt für Bayern die Beseitigung von falschem Geiste, von junkerlich preußischer Obrigkeit, heißt Rückgewinnung der „bayerischen Eigenart“.

J. J.

Thomas Mann, der Dichter der „Buddenbrooks“, der Verfasser der „Betrachtungen eines Unpolitischen“, las Sonnabendabend im Beethoven-Saal aus seinem Essay über „Goethe und Tolstoi“. Trotz seiner persönlichen Zurückgezogenheit und fast ganz ohne Verbindung mit der Öffentlichkeit hat er, allein durch seine geistige Wirkung, eine Gemeinde, so man könnte nach der Stimmung, die in dem dichtgefüllten Saal zu spüren war, fast sagen: eine Gefolgschaft gewonnen. Thomas Mann gab, das war vorauszusetzen, mehr als eine bloß ästhetisierende Beurteilung der beiden Wesen Goethe und Tolstoi. Er legte intuitiv erkennend die Zusammenhänge zwischen Goethes humanistischer und Tolstois anarchischer Weltanschauung dar, und es ließ sich deutlich erkennen, daß gleiche Lebensereignisse (nicht zuletzt das pädagogische) beide zwang, sich der Menschheit dichterisch und menschlich zu schenken. Es ist vielleicht in dieser Zeit des Zwiespalts besonders verdienstlich, an diesen beiden Gipfeln entgegengelegter Kulturen zu zeigen, daß sie sich einen in dem Bewußtsein, daß Menschlichkeit heiligstes Ziel alles Strebens sein muß.

Der älteste Baum Deutschlands. Das Dorf Schöbich bei Senftenberg in der Gegend beansprucht den Ruhm, den ältesten Baum Deutschlands zu besitzen. Es ist ein Rodelholz, acht bis neun Meter hoch, und im Stamm schon ganz morsch. Die lebende Schicht ist nur noch gering, vielleicht bloß einige Zentimeter dick, der größte Teil des Stammes ist nämlich abgestorben, in einer Dicke von anderthalb Metern. Aber schon der vorige Besitzer hat den alten Baum vor hundert Jahren genau so gesehen, wie er heute aussieht, so ist also unzweifelhaft, daß der alte Bursche sich noch einige Jahrhunderte halten wird, bis er endlich zusammenbricht. Ueber die Art des Baumes hat lange Unklarheit bestanden. Die Botanik hat nun nachgewiesen, daß es ganz einfach eine Eibe, oder Taxus ist. Aber auch das ist schon etwas, so alte Eiben gibt es kaum wieder in Deutschland. Ob der Baum nun aber wirklich der älteste unseres Vaterlandes ist, wird wohl kaum noch zu entscheiden sein.

Die Expedition Shackletons bezieht sich auf eine Berliner Expedition bereits am Sonnabend London, um ihre Südpolreise anzutreten. Für die Expedition sind 2-3 Jahre in Aussicht genommen.

Groß-Berlin

Mollenbuhns 70. Geburtstag.

Einen schweren Ansturm hatte unser Genosse Hermann Mollenbuhns gestern in seiner Wohnung in der Feuerstraße zu bestehen, um alle Zeichen der Liebe und Verehrung entgegenzunehmen, die ihm aus Anlaß seines 70. Geburtstages dargebracht wurden. Schon um 8 Uhr morgens klangen die Weifen eines Männerchors der Schöneberger Genossen zu den Fenstern hinauf, um 9 Uhr erschien eine Deputation der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, um 11 Uhr eine Abordnung des Parteivorstandes. Auch der Groß-Berliner Bezirksverband der SPD. und verschiedene andere Körperschaften entsandten Vertreter mit Glückwünschen, Blumenarrangements und Ehrenschenkungen aller Art. Der Reichspräsident und der Präsident des Reichstages gratulierten schriftlich. Genosse Mollenbuhns zeigte sich von allen diesen Beweisen dankbarer Freundschaft herzlich erfreut; er war es vielleicht auch darüber, daß der Geburtstag gerade auf einen Sonntag fiel und daher ohne Arbeitsleistung verließ. Der heutige Morgen fand ihn frisch wie immer an seinem Schreibtisch.

Genosse Mollenbuhns schreibt uns:

Zu meinem 70. Geburtstage wurden mir so zahlreiche Ehrungen zuteil und Glückwünsche in so großer Zahl überandt, daß es mir unmöglich ist, jedem einzelnen meinen Dank auszusprechen. Ich glaube meinen Dank am besten dadurch erweisen zu können, indem ich verspreche, die letzten Reste meiner Kraft dafür einzusetzen zu wollen, daß ich veruche, so weiter zu wirken, wie ich bisher gewirkt habe. Hoffentlich gelangt es mir, den Wunsch der meisten Gratulanten in dem Hinblick zu erfüllen, daß man an meinem Todestage sagen kann: „Der Alte hat sein Bestreben erfüllt.“

Schöneberg, den 12. September 1921. H. Mollenbuhns.

Das „Heißliche Geschäft“ von Klante.

Max Klante verhaftet.

Der „Bankier“ und Kaffeehausbesitzer Max Klante war, wie wir mitteilen, seit drei Tagen verschwunden. Gläubiger, die doch mit Rücksicht gemindert waren, stellten fest, daß er und seine Frau und Kinder mit seinem Kraftwagen von seiner Villa in Karlsruh abgefahren waren. Die Nachforschungen ergaben bald, daß sich die Frau mit den kleinen Kindern nach ihrer Heimat in Schlesien begeben haben. Klante selbst dagegen fand man in dem Sanatorium Westend wieder. Hier hatte er sich unter dem Namen Klein aufnehmen lassen. Dort wurde er gestern verhaftet und ist heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden.

Was den Stand seiner Unternehmungen betrifft, so spricht man von einer Unterbilanz von 60 Millionen Mark. — Von anderer Seite wird der Betrag von 100 Millionen Mark genannt, während man annimmt, daß insgesamt nicht weniger als 200 Millionen Mark durch den Bankrott verpulvert worden sind.

Nicht wenig Beizus haben sich den Kopf darüber zerbrochen, wie es geschehen konnte, daß die Behörden nicht viel eher zusapften. Auch in dieses Geheimnis scheint allmählich Licht und Klarheit zu kommen. So schreibt die „B. Z. am Mittag“, der man dafür die Verantwortung überlassen muß:

„Es gibt ein Postamt in Groß-Berlin, bei dem der erste Beamte sogar unter den dort beschäftigten Personen für Klante Stimmung machte und aufforderte, das Geld nicht zu den Großbanken zu tragen, sondern in das „Heißliche Geschäft“ von Klante einzuzahlen.“ Auch will die genannte Zeitung wissen, daß für den Klante-Kriegern in amtlichen, staatlichen und städtischen Büros sehr viel geworden worden sein soll. Das sind natürlich nicht nur recht interessante, sondern auch recht beachtenswerte Dinge, über die die Untersuchung und der Prozeß hoffentlich volle Klarheit bringen werden.

Millionenunterstützung bei einer Verteilungsstelle.

Wegen großer Veruntreuungen, die nach den bisherigen Feststellungen etwa zwei Millionen Mark betragen, ist der Buchhalter Johann Mandel aus Steglitz von der Berliner Kriminalpolizei festgenommen worden. Mandel war seit dem Jahre 1917 bei einer hiesigen amtlichen Verteilungsstelle beschäftigt. Zu seinen Obliegenheiten gehörte es auch, die Anmeldebrosche für die Banken fertigzustellen, die dann von dem Direktor der Verteilungsstelle unterschrieben werden mußten. Bei der Liquidation der Verteilungsstelle hat sich nun herausgestellt, daß eine große Anzahl dieser Anmeldebroschen die gefälschte Unterschrift des Direktors tragen. Wie die Nachforschungen ergaben, hatte Mandel die Unterschrift des Direktors nachgemacht und sich so in den Besitz großer Geldsummen gesetzt. Bei seiner Vernehmung gestand er die Unterschlagungen ein. Nach seinem eigenen Geständnis hat er auf diese Weise Beiträge von insgesamt 1 1/2 Millionen Mark an sich gebracht. Das ganze Geld aber ist verschwunden.

Die Abisierung der Nummernplätze.

Gegen die im Volksmund „Nummernplätze“ genannten Vergütungsstätten hat sich ansehnend im Polizeipräsidium eine lebhaft und weitgehende Ablehnung eingestellt, die kürzlich ihren Ausdruck darin fand, daß man diesen Schauplätzen bereits um 8 Uhr Schluß gebot, also zu einer Zeit, in der der Betrieb gerade anfing. Mit Empörung nahmen darum am Sonnabendabend Tausende und aber Tausende auf den stark besuchten Vergütungsstätten davon Kenntnis, daß man die Schauplätze um ihr schwer erworbenes Brot bringen und sie mit dem 8-Uhr-Schluß wirtschaftlich abwürgen will. In einer gebornischen Resolution nahmen Publikum und Angestellte der Schauplätze gegen das Verbot des Polizeipräsidiums Stellung. In der Entschloßung heißt es u. a.: „Publikum und Angestellte der Schauplätze verurteilen einstimmig, daß man sie mit schicklichem Gefindel auf eine Stufe stellen will und protestieren dagegen, daß man, wo man die Polizeistunde in den Schlemmerdielen und Lurusbars auf 1 Uhr herausraubt, das Vergnügen und die Unterhaltung des kleinen Mannes durch die Herabsetzung der Polizeistunde auf 8 Uhr vermindert, ja vollständig unterbinden will. Die Versammelten können nicht damit einverstanden sein, daß durch eine derartige Vorkillt Tausenden von Angestellten, darunter ca. 60 Proz. Kriegs- und Schwerkriegsbeschädigte, mit ihren Familien Lohn und Brot genommen wird und der Magistrat Groß-Berlin um eine horrende Einnahme in Gestalt von Luchdarkeits-, Gewerbesteuer usw. gebracht wird. Die Besucher erwarten vom Polizeipräsidium, daß er seine Verfügung dahingehend umändert, daß die Polizeistunde für Vergütungsplätze wie seit alters her bis 10 Uhr abends bestehen bleibt.“

Die in aller Ruhe verlaufenen Demonstrationen sind jedenfalls auch ein Beweis dafür, daß das Publikum auf diesen Plätzen nicht das schlechteste ist. Die billigen „Vergütungsstätten des armen Mannes“ dürfen sie auch wohl genannt werden, der nach des Tages Arbeit und Sorgen hier im glühenden Licht und unter frohbewegten Menschen und Melodien ein wenig Freude sucht. „Denn“, so schreibt uns ein Mitarbeiter, der diese Vergütungsstätten in der letzten Zeit ein wenig beobachtet hat, „die Vorbietungen, die auf den großen Nummernplätzen Berlins gezeigt werden, sind aus den Rinderschuppen ehemaliger Adelsplätze herausgewachsen, sie sind organisch verwachsen mit dem heutigen Leben der Großstadt.“

Der Betrieb auf den Telephonämtern.

Durch die Stilllegung der Kraftwerke ist der Betrieb der Berliner Fernsprechämter nahezu lahmgelegt worden. Die Kammer verfügt zwar über Reservebatterien, die immerhin einen Betrieb von 30 bis 36 Stunden ohne Stromzuführung aushalten, außerdem hat auch die Postverwaltung aus den Erfahrungen der früheren Streiks gelernt und eine ganze Anzahl Kammer mit transportablen Strom-

Kandidatenauffstellung zu den Stadtverordnetenwahlen

Aufruf des Berliner Bezirkstages zum Kampf gegen die Reaktion.

Ein außerordentlicher Bezirkstag des Bezirkes nördlichen Groß-Berlin tagte am Sonntag, um die Aufstellung der Kandidaten zu den Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen zu vollziehen.

Der Eintritt in die Tagesordnung nahm der erste Vorsitzende Genosse Franz Krüger das Wort zu einer Ansprache über die politische Lage.

In den letzten Wochen haben, führte er etwa aus, sich in Deutschland Ereignisse abgepielt, die eine außerordentliche Zuspitzung der Verhältnisse und eine außerordentliche Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft herbeigeführt haben. Die seit langer Zeit von der Presse der rechtsstehenden Parteien betriebene

Dege zugunsten der Monarchie,

die schweren Beschimpfungen der Republik und ihrer Führer haben nach all den Wortdaten, die bisher sich nur gegen Führer der Arbeiterschaft gerichtet hatten, ein neues Opfer gefordert. Czberg, der sich erblich auf den Boden der Republik gestellt und das große „Verbrechen“ begangen hatte, das Steuerprivileg der Bestenben anzutasten, ist ermordet worden. Der Tod dieses Mannes, der in vielen grundsätzlichen Fragen gegen uns stand, ist keine Parteiangelegenheit. Aber die Hinmordung hat blutig die Zustände beleuchtet und gezeigt, daß, wenn nicht die Arbeiterschaft jetzt ihre ganze Macht gebraucht, für die Republik eine Schutzwehr auszurichten, der Tag des Sieges der Reaktion nicht mehr fern sein würde. Begeisterten Widerhall fand bei der Arbeiterschaft im ganzen Deutschen Reich der Aufruf zu der Demonstration vom 31. August, deren glänzenden Verlauf für Berlin wie im Ostpreußen sahen. Die beiden sozialistischen Parteien verlangten energische Maßnahmen der Reichsregierung, und es kamen die bekannten Bestimmungen mit ihrem Vorgehen gegen die Antriebe der Monarchisten. In einzelnen Fällen hat die Arbeiterschaft, mehr oder weniger geschickt, sich selbst Recht verschafft. Die Vorstände der sozialistischen Parteien forderten von der Regierung, daß die gegen den Bestand der Republik gerichteten Bestrebungen mit allen Mitteln niedergeschlagen werden.

Was bisher von der Regierung getan wurde, ist verhältnismäßig wenig.

Bisher ist es noch nicht mal gelungen, den Belagerungszustand in Bayern zu beseitigen. Bayerns Regierung scheint es auf eine Machtprobe anzulegen, die dann eine solche der ganzen deutschen Reaktion würde.

Da darf, fuhr Genosse Krüger fort, die heutige Tagung nicht vorübergehen, ohne daß wir mit Nachdruck und Schärfe ausprechen, daß wir nicht die Verhandlungen der Regierung des Reiches mit der bayerischen sich zu einem Weltgespräch auskaden lassen wollen und daß die Reichsregierung sich nicht auf der Nase umhertragen lassen darf. Wenn Bayerns Regierung behauptet, sie habe das bayerische Volk hinter sich, so ist das nicht richtig. Besonders die nordbayerische Arbeiterschaft hat sich gegen die Rahr-Regierung ausgesprochen. Wir verlangen heute, daß bei weiterem Widerstand der Rahr-Regierung die Regierung des Reiches sich nicht noch hinhalten läßt, sondern die Anerkennung der Reichsregierung durch Machtmittel erzwingt. (Zustimmung.) Allerdings frast sich, ob sie die Macht dazu hat. (Zuruf: „Gott bewahre!“) Wir müssen fürchten, daß die Machtmittel, die ihr zu Gebote stehen, versagen. (Sehr richtig!) Da haben wir heute auch zu erklären, daß wir dies nicht ruhig hinnehmen würden.

Wir fordern, daß die Regierung sich auf die Achse stützt, die ihr dann aus der republikanischen Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall.) Die Arbeiterschaft hat am 31. August bekräftigt, daß sie nicht nur demonstrieren, sondern nötigenfalls alles einsehen will, zu schützen, was in Deutschland an Volkswirtschaften noch vorhanden ist. Man wird uns vorwerfen, daß wir mit denselben Gewaltmitteln kämpfen wollen, wie die Parteien von rechts. Aber es ist ein Unterschied, ob eine Minderheit die Mehrheit vermagt oder die Volksmehrheit sich gegen diese reaktionäre Minderheit wehren muß. Eine Regierung, die solche Vergewaltigung zuläßt, darf von der Arbeiterschaft nicht einen Tag länger geduldet werden. (Zustimmung.) Mit allen Mitteln müssen wir eine solche Regierung, wie sie z. B. auch in Preußen besteht, zu beseitigen suchen. Stenograph hat von einer Koalition gesprochen, die von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie reichen soll. Mit einer Partei, die zwar erklärt, auf dem Boden der Republik zu stehen, aber gleichzeitig weiter für die Monarchie kämpfen will, wollen wir nicht in einer Regierung sitzen. (Zustimmung.) Wenn man uns immer wieder die Koalition mit der Deutschen Volkspartei empfiehlt, so soll diese sich erst als für demokratische und republikanische Parteien ehrlich bündnisfähig erweisen.

Wir sind, schloß Genosse Krüger, uns der ungeheuren Folgen bewußt, die für unser Volk der vielleicht kommende Kampf haben kann. Daher glauben wir, vorher alle anderen Mittel erschöpfen zu sollen und sind auch den Weg der Verhandlungen gegangen. Zum Kampf schreiten wollen in einer Situation, wo wir die Verantwortung übernehmen können. Die Schuld an dem, was dann kommt, würde die rechtsstehenden Parteien treffen. Die heutige Kundgebung der Vertreter der Berliner Arbeiterschaft wird nicht ohne Einfluß auf die Stellungnahme der gesamten deutschen Arbeiterschaft bleiben. (Zustimmung.)

Es kann und darf diesmal nicht so gehen wie früher,

daß die Arbeiterschaft sich um die Früchte ihrer Kämpfe und ihrer Siege betragen läßt. (Beifall.)

Die folgende von Franz Krüger vorgestellte Resolution wurde ohne Debatte einstimmig angenommen: „Die täglich frecher und herausfordernder ausbreitende Reaktion, das Ueberhandnehmen der monarchistisch-militaristischen Propaganda,

erzeugungsmaschinen ausgerüstet, doch kann der volle Spracherfolg nicht bewirkt werden, so daß nur der amtliche Verkehr, die Presse, sowie dringende Gespräche mit Ärzten usw. zugelassen werden.“

Wenn der Hauswirt zublin haben will.

Der Wirt des Hauses Gröbstraße 39 in Treptow verlangte von dem Zigarrenhändler G., nachdem dieser sein Geschäft verkauft hatte und ausgezogen war, einen Anteil am Kaufgeld in Höhe von 1000 M., widrigenfalls er mit der Geschäftsnachfolgerin keinen Mietvertrag abschließen werde. Außerdem verlangte er von der neuen Mieterin monatlich 8 M. Miete mehr. Vor dem Treptower Mietungsamt wurde, obwohl die Forderung des Hauswirts auf Beteiligung am Kaufgeld rechtlich überhaupt unhaltbar war, der übliche Vergleich angesetzt. Der Verkäufer wollte einer nach vielfachen Erfahrungen immerhin möglichen ungünstigen Entscheidung des Mietungsamts aus dem Wege gehen und bot 300 M., worauf der Hauswirt 500 M. verlangte. Jetzt griff der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Dr. Luy-Neuloh ein und schied die Parteien hinaus, um selbst zu entscheiden. Die Forderung des Hauswirts gegen den Geschäftserkäufer wurde nurmehr gänzlich zurückgewiesen und auch die erhöhte Mietforderung nach den Grundätzen für die Berechnung der Grundmiete wesentlich herabgesetzt.

Die Mörder Czbergers werden trotz allem Aufgebot immer noch vergeblich gesucht. Auf die amtlichen Bekanntmachungen mit den Schriftproben der Täter hin haben sich bei der Wdtellung in des Berliner Polizeipräsidiums wieder eine ungeheure Zahl von Leuten persönlich und schriftlich gemeldet, die über verdächtige Wahrnehmungen berichteten und auch den Verdacht auf bestimmte Personen lenkten. Alle diese Angaben sind eingehend nachgeprüft worden, doch haben sie bisher noch zu keinem greifbaren Ergebnis ge-

die fortgesetzte Reite von Wortdaten an Führern der Arbeiterschaft und der Republik haben die Arbeiterschaft und alle ehrlichen Republikaner erneut zum Kampf für Erhaltung der Republik und der demokratischen Volkswirtschaft aufgerufen. Der Bezirkstag Groß-Berlin der SPD. ist mit den vom Parteivorstand der Regierung gegenüber aufgestellten Forderungen rückhaltlos einverstanden. Er verlangt insbesondere die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern, Bildung einer preussischen Regierung, die nicht von den Deutschnationalen abhängt, energische Unterdrückung der antirepublikanischen nationalistischen Propaganda der Offizierschule um Rudendorf, schnelle Schaffung von Besetzen, die die Entfremdung staatsfeindlicher Elemente aus der Richter- und Beamtenerschaft und aus der Reichswehr möglich machen. Ein sicherer Schutz der Republik ist aber nur von schnellen, sichtbaren Taten zu erwarten. Der Bezirkstag erwartet, daß der Parteivorstand die Regierung zu schnellem Handeln drängt und die Arbeiterschaft zu den notwendigen Maßnahmen aufruft, wenn die Machtmittel der Regierung nicht ausreichen.“

Der Vorsitzende gedachte danach des 70. Geburtstags unseres Hermann Mollenbuhns und wies hin auf die erfolgreiche Arbeit dieses Mannes in der Vertretung der sozialen Interessen der Arbeiterschaft. (Beifall.) Eine Deputation wurde beauftragt, Glückwünsche des Bezirkstages zu überbringen.

Darauf trat der Bezirkstag in seine Tagesordnung ein:

Kandidatenauffstellung zu den Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.

Die vom Parteivorstand zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegten Kandidatenlisten sind die Ergebnisse von Beschlüssen der Abteilungen und der Kreise für die Stadtverordnetenwahlen und für die Bezirksverordnetenwahlen worden wie diesmal dieselben Kandidatenlisten haben, so daß die Stadtverordneten den etwa nötigen Ersatz aus den Bezirksverordneten erhalten. So wird, führte Franz Krüger aus, die Wahlarbeit vereinfacht und die Einführung in die kommunalpolitische Tätigkeit zweckmäßig organisiert. Genosse Krüger betonte, daß der Bezirkstag, die letzte und entscheidende Instanz für die Kandidatenauffstellung, die Vorschläge der Kreise weitestgehend beachten müsse und nur bei zwingenden Gründen ändern solle. Unannehmbar seien aber die Vorschläge nicht, und Änderungen könnten nötig sein, weil die Zusammenfügung der Berliner Stadtverordnetenfraktion und ihre dadurch bedingte Arbeitsfähigkeit ein Interesse der Gesamtpartei ist.

Änderungsvorschläge wurden noch gemacht, aber meist abgelehnt. Die vorgelegten Kandidatenlisten wurden angenommen mit einer einzigen Umstellung für den Kreis Charlottenburg und einer einzelnen Umstellung sowie einer Ergänzung für die sogenannte Stadtkreise. Auf den Listen für die 15 Stadtkreise (mit 20 Verwaltungsbezirken) und auf der Stadtkreise Listen im ganzen etwa 1000 Genossen und Genossinnen als Bezirks- oder Stadtverordnetenkandidaten. Ihren Auszahlung hier unmöglich ist. Wir rufen uns in diesem Bericht darauf beschränken, nur die Stadtkreise vollständig zu geben, aus den Listen jedes Stadtkreises aber nur die an den fünf ersten Stellen stehenden Kandidaten zu nennen.

Kreis 1, Mitte: Paul Horch, Siegfried Loewy, Dr. Martha Bygobinski, Fritz Wille, Alfred Striemer.

Kreis 2, Tiergarten: Hugo Helmann, Artur Schudt, Julius Behne, Dr. Käthe Frankenthal, Paul Rood.

Kreis 3, Wedding: Fritz Brodt, Fritz Drews, August Pattloch, Wilhelmine Weide, Oskar Fuß.

Kreis 4, Prenzlauer Berg: Theodor Fischer, Helene Schmitz, Max Kemnitz, Max Kreuziger, Paul Litauer.

Kreis 5, Friedrichshagen: Fritz Müntner, Martha Hoppe, Rudolf Herrmann, Alfred Wildgans, Michael Kasper.

Kreis 6, Hallesches Tor: Wilhelm Pannkuch, Anna Kuske, Emil Dittmer, Theodor Glode, Karl Heßler.

Kreis 7, Charlottenburg: Alfred Bitt, Gertrud Jüder, Bruno Borchardt, Albert Herlich, August Gebert.

Kreis 8, Spandau: Gottlieb Münsinger, Julius Rottmann, Alfred Piller, Paul Hartung, Max Waller.

Kreis 9, Wilmersdorf: Hermann Ademann, Robert Kohn, Wilhelm Seipke, Emmy Stodt, Felix Euler.

Kreis 10, Jellander, Steglitz, Tempelhof: Otto Ostrowski, Fritz Binte, Richard Dragomert, Kurt Helmig, Karl Langhoff.

Kreis 11, Schöneberg, Friedenau: Franz Czeminiski, Fritz Kaspar, Xaver Komrowitz, Frieda Kubbedt, Ernst Ostl.

Kreis 12, Rudow: August Hellmann, Franz Gutschmidt, Gertrud Scholz, Hermann Kunze, Paul Keller.

Kreis 13, Treptow, Cöpenick: Fritz Weid, Joh. Hoff, Rich. Wilmann, Wih. Kamebrock, Wih. Kebel.

Kreis 14, Pflanzberg: Ernst Arndt, Franz Kömrig, Karl Schubarth, Herm. Weich, Rich. Peterhansel.

Kreis 15, Weichenhe, Pantow, Reichendorf: Ludw. Hobapp, Rich. Keller, Rud. Kükert, Wih. Müllus, Wih. Hattenstein.

Stadtkreise: Franz Krüger, Geschäftsführer, Cöpenick; Elisabeth Niedder, Beherin, Berlin; Franz Wahr, Gasarbeiter, Reichendorf; Rich. Bohmann, Oberlehrer, Treptow; Erich Riataus, Abt. Sekretär, Schöneberg; Hugo Subke, Invalide, Berlin; Friedr. Selegel, Geschäftsführer, Berlin; Minna Todenhagen, Parteisekretärin, Treptow; Rich. Treitel, Rechtsanwält, Berlin; Otto Brinkmann, Stadtkreisrat, Cöpenick; Kurt Helmig, Schriftsteller, Lichterfelde; Adolf Blum, Direktor, Erziehungsheim Lindenhof; Wlr. Korach, Volkswirtschaftler, Wilmersdorf; Franz Badhaus, Ingenieur, Steglitz; Fr. Wlefeldt, Gewerkschaftsanwalt, Berlin; Hans Wegwood, Lehrer, Halensee; Ruf. Wewer, Sekretär, Berlin; Siddi Bronski, Schöneberg; Richard Hoffenheim, Techniker, Charlottenburg. Mit der Mahnung zu reger Wahlagitiation schloß Genosse Franz Krüger den Bezirkstag.

führt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Personen vorhanden sind, die in der Lage sind, bestimmte Angaben zu machen, damit aber aus irgendwelchen Gründen zurückhalten. Diese Personen werden unter Hinweis auf die Belohnung von 120 000 M. dringend ersucht, sich bei der Wdtellung in des hiesigen Polizeipräsidiums zu melden. Strengste Diskretion wird ihnen zugesichert.

Ein tödlicher Automobilunfall ereignete sich gestern an der Ecke der Tauenglin- und Ansbacher Straße. Dort geriet eine Frau Emma Koch unter die Räder eines Privatkraftwagens und wurde so schwer verletzt, daß sie auf der Stelle verschied. Die Leiche wurde beauftragt und nach dem Schauhaufe gebracht. Wie eine Korrespondenz wissen will, war der Führer des Wagens ein Ingenieur Erich S., der in der Trunkenheit gehandelt haben soll.

Zeugen gesucht. Der Metallarbeiter Max Brödder, 1919 beschäftigt bei der Firma Riede, Weichenhe, am 14. April 1919 normittags vom Arbeitsnachweis des Metallarbeiterverbandes, Plinienstraße, durch die Münzstraße zur Hallesche am Alexanderplatz und wurde auf dem Wege dorthin von Soldaten erschossen. In seiner Begleitung befand sich Fritz Ködel, früher wohnhaft Danziger oder Greifswalder Straße. Die Meldung dieses Zeugen ist unbedingt notwendig, um das Unterforschungsverfahren der Angehörigen zum Abschluß zu bringen. Wir bitten, zweckdienliche Auslagen umgehend im Parteisekretariat der SPD., Münzstr. 24, zu machen und vor allen Dingen mitzutellen, wo sich Fritz Ködel augenblicklich aufhält.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

12. Kreis, Altendiecke und Steinhilber. Die für heute angelegte Bewachung wird mit 5 Uhr abgebrochen, am 13. Sept. um letzten Uhr nachhören. 13. Kreis, Rudow. Beschleunigung-Beschleunigung (22) aus. 24. Kreis Sitzung wird nach demnächstigen.

Gewerkschaftsbewegung

„Es wäre gut . . .“

„Es wäre gut“ — schreibt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, — „wenn die Arbeitnehmererschaft bald zu der Einsicht käme, daß in unserer Lage durch Streiks die allgemeine Lebenshaltung unseres Volkes nur noch weiter verschlechtert wird.“

Es wäre freilich gut, wenn die Arbeiter- und Angestelltenchaft weniger Streiks zu führen hätte. Der „Arbeitgeber-Zeitung“ können wir ruhig verraten, daß bei all den Arbeitern und Angestellten, die in den letzten Monaten zumal an einem Streik beteiligt waren, wie auch in der ganzen Gewerkschaftsbewegung, längst die Erkenntnis waltet, daß man aus Zeitvertrieb nicht in den Streik tritt; daß vielmehr der Streik das letzte Mittel ist, um den dringlichsten Forderungen der Arbeiter und Angestellten im Interesse ihrer Selbsterhaltung und der Ernährung ihrer Familie zur Geltung zu verhelfen.

Es wäre daher gut, wenn das berufene Organ der Arbeitgeber an die Einsicht der Unternehmer appellierte, zur Vermeidung von Streiks auch ihrerseits das Nötige beizutragen. — Wir halten das nicht für einen absolut verfehlten Versuch an untauglichen Objekten; hoffentlich auch die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ nicht. Lassen die Unternehmer den Herrenstandpunkt, jede unnütze Scharfmacherei, die Philosophie der „Arbeitgeber-Zeitung“ und alles sonst bei den Lohnverhandlungen mit den Arbeitnehmern beiseite, was zur unnützen Verschärfung der Gegensätze angeht, erwägen sie rein sachlich das Für und Wider, berechnen sie an ihrem eigenen Verbrauch den den Arbeitnehmern bei ihren Löhnen möglichen Verbrauch, machen sie auch nur den Versuch, sich in die Verhältnisse der Arbeiter und Angestellten ein wenig hineinzufinden, zeigen sie etwas mehr Entgegenkommen, dann mildert sich manche Lohnbewegung recht glatt ab und der größte Teil der Streiks wird vermieden.

Es wäre gut, wenn z. B. das große „A.“ der „Arbeitgeber-Zeitung“ einmal, wie jetzt die Berliner Holzarbeiter, einige Wochen von der Streikunterstützung leben müßte, um die Einsicht zu gewinnen, daß, wenn die Arbeiter den schweren Entschluß fassen, in den Streik einzutreten, denn doch schon gewisse Ursachen gegeben sein müssen, die sie dazu veranlassen. Mag sein, daß auch einmal ein Streik beschlossen wird, der mehr aus der Stimmung heraus beschlossen wird, denn aus ruhiger Überlegung. Aber auch diese Stimmung wird durch das Verhalten der anderen Seite oft erst herausbeschoren oder doch stark genährt.

Es wäre gut, wenn man in Arbeitgeberkreisen zu der Einsicht käme, alles zu tun, was irgend möglich ist, um keinen Anlaß zu Streiks zu geben. Es würde dann den Gewerkschaftsführern und den Unterhändlern der Arbeitnehmer in den meisten Fällen weit leichter sein, die Zustimmung zu ihren Anträgen auf friedliche Beilegung der Lohnbewegung bei den Mitgliedern zu finden und die kommunistischen Beeinflussungen auszuschalten.

Es wäre gut, wenn weit weniger Streiks geführt, Streiks zur Seltenheit würden.

Es wäre gut, wenn in Arbeitgeberkreisen in gleicher Weise wie in Arbeitnehmerkreisen versucht würde, die Erkenntnis zu vertiefen, die Einsicht wachzurufen, daß Differenzen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen am besten ausgeglichen und erledigt werden auf friedlichem Wege. Denn alle Einsicht hilft den Arbeitern nicht, wenn sie auf der anderen Seite fehlt.

Lohnbewegung der Uhrmacher.

In einer Versammlung der Uhrmacher Groß-Berlins referierte Koblich über Tarifangelegenheiten. Nachdem der Redner die derzeitigen Lohnverhältnisse eingehend geschildert und hervorgehoben hatte, daß die Löhne im Uhrmachergewerbe als rückständige anderen Berufen gegenüber anzusehen sind, empfiehlt er den Anschluß an den Metallarbeiterverband, durch den die Organisation der Kollegenschaft ihrer erwünschten Richtigkeit finden werde.

Dann machte Guitche als Vertreter des Metallarbeiterverbandes nähere Mitteilungen über die vom Verband erreichten Löhne, insbesondere über die Löhne, welche den Uhrmachern gezahlt werden, die in der Metallindustrie tätig sind und sich dem Verband angeschlossen haben. Seine Ausführungen bekundeten, daß diese unter weit günstigeren Bedingungen arbeiten, als die Kollegen in den Kleinbetrieben.

Die folgende Diskussion führte zu dem Beschluß, drei Kollegen zu wählen, welche mit dem Vorstand der örtlichen Organisation eine Lohnkommission bilden sollen. Gewählt wurden Müller, Behrend und Weizer. Die Kommission soll mit den Arbeitgebern in Verhandlung treten. Die Löhne sollen in Gruppe a (einfache Arbeiten) 9 M., in Gruppe b (alle Normalarbeiten) 10 M. und in Gruppe c (komplizierte Arbeiten) 11 M. stündlich betragen und wöchentlich ausgezahlt werden.

Der Antrag auf Anschluß der Organisation an den Metallarbeiterverband wurde einstimmig angenommen.

Metallarbeiterstreik in Siegen.

Dortmund, 12. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). Bei einer Sitzung in Herborn, unter Leitung des Regierungsrats Dr. Weigert vom Reichsarbeitsministerium und Mitwirkung des Reichskommissars Mehlich (Dortmund), sondierten sich die Arbeitgeber zu grundsätzlichen, den Schiedsspruch erweiternden und ergänzenden Zugeständnissen bereit, die nach Wiederaufnahme der Arbeit schnellstens in Beratungen der Arbeitsgemeinschaft in Vertragsform gebracht werden sollen. Die Abstimmung über dieses Ergebnis und über die Beilegung des Streiks fand am Freitag statt. Die zur Weiterführung des Streiks erforderliche Zweidrittelmehrheit ist nicht erreicht. Etwa die Hälfte der Abstimmenden stimmte für die Annahme der genannten Abmachungen und des Schiedsspruches. Am Dienstag ist die Arbeitsaufnahme zu erwarten.

Am 9. d. M., abends, drang eine größere Menge von Weidenau in die Stadt Siegen ein, versuchte das Elektrizitätswerk anzuzünden und ging zu Plünderungen über. Etwa 20 Läden sind fast ausgeräumt. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei auf Seiten der Plünderer eine Anzahl von Verwundungen zu verzeichnen waren. Inzwischen ist die Schutzpolizei eingerückt.

Goldwerte.

Nr. 16 der „Betriebsrätezeitung“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigt sich weiter mit planwirtschaftlichen Untersuchungen. Die steuerliche Erfassung der Erträge aus den Sachwerten in einer Planwirtschaft wird aufgezeigt, die gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens dargestellt. Ganz besondere Beachtung wird der Aufsatz „Die Landwirtschaft in der Planwirtschaft“ finden, da eine solche Untersuchung bislang fehlte. Ausführungen des Generaldirektors Dr. Dulsberg und Ratsrats Dr. Röstlers zeigen, wie hervorragende Wirtschaftsführer zu den Forderungen der Arbeiterklasse stehen. Die Entwicklung und die heutige Organisation der Kalindustrie schildert ein sehr interessanter Beitrag; Neues aus den Betriebswissenschaften“ behandelt Montage und Revision. Unter „Gesetz und Recht“ erscheinen wieder eine große Zahl ausgewählter Schiedssprüche, die für jeden Betriebsrat von Wert sind. Zahlreiche andere Aufsätze vervollständigen den Inhalt dieses an Lehrmaterial so reichen Heftes. Die beigegebene Karte zeigt diesmal Südostasien und vervollständigt die Sammlung.

Die „Betriebsrätezeitung“ kann jedermann bei der Post, vierteljährlich 3 M., bestellen. Durch die Organisation ist sie erheblich billiger für die Gewerkschaftsmitglieder erhältlich.

Die Lehrer sind des Wartens müde!

Wir werden um Abdruck der folgenden Entschliessung gebeten: „Die Arbeitsgemeinschaft der Beamten-Ortsstellen des DVB der Industrie-Ortsstelle Bitterfelds erhebt schärfsten Protest gegen den Ministerialbescheid vom 11. August 1921, U III E, Nr. 2762 II, wonach die Regierung in Merseburg ermächtigt worden ist, bekanntzugeben, daß es ihr an den oft verlangten Hilfskräften zur Ausrechnung der Gehaltsbezüge der Lehrer fehlt, ohne daß eine Versicherung von Seiten des Ministers gegeben wurde, für Abhilfe zu sorgen. Nach dem Bericht unseres nach Merseburg entsandten Vertreters dürfte die Nachzahlung nach dem Beschluß vom 17. Dezember 1920, verbunden mit der Einfuhr der Industrie-Ortsstelle in eine höhere Ortsklasse durch die im Mai erfolgte Rotterordnung, die für viele Lehrer 3000—4000 M. beträgt, erst im November erfolgen. Es sind diese Beträge, die seit dem 1. April 1920 rückständig sind. Falls nach demselben Modus weitergearbeitet wird, dürften die Lehrer die durch die jegliche Teuerung erforderte Aufbesserung erst nach einem Jahre erhalten. Die im Bezirk Merseburg angestellten Lehrer haben sich schon beträchtliche Summen leisten müssen und sind nicht imstande, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Das schlechte Licht, das aus Unkenntnis ihrer Lage in der breiten Öffentlichkeit auf sie fällt, gibt Anlaß zu Bedenken schwerwiegendster Art. Die Ersparnisse fast aller Beamten sind aufgebraucht; wir schreien um Hilfe und finden überall taube Ohren. Rot bricht bekanntlich Eisen und man darf sich höheren Orts nicht wundern, wenn zu dem letzten Mittel gegriffen wird. Die Lehrer fordern mit Recht ihre seit 17 Monaten fälligen Bezüge.“

Sollten sie dieselben spätestens bis zum 15. September d. J. nicht erhalten, werden alle Beamten des hiesigen Kartells in geschlossener Einheit die weiteren Maßnahmen beraten. Die Arbeitsgemeinschaft der Beamtenvereinigung Holzweilig.

Zentralverband der Schuhmacher. Dienstag 6 Uhr: Allgemeine Mitgliederversammlung in Boesers Festhallen, Webestr. 17. Tagesordnung: Bericht über den letzten Weltkongreß der Internationales Gewerkschafts-Organisation und die Lage in Ostpreußen. Referent: Genosse Farnig-Berlin. Diskussion. Mitgliedsbuch lektüriert. — Donnerstag 5 Uhr: Gruppenversammlung der Gruppe Haus- und Kleinfabrikindustrie in Boesers Festhallen, Webestr. 17. Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage und Stellungnahme zur Lohnfrage.

Sport.

Rennen zu Karlsruh, Sonntag, den 11. September. Das Hauptjadrennen, im Volksmunde wird dieses 100 000-Mark-Rennen das Sieple-Derby genannt, holte sich die Herrin A. und B. Sklarek-Kauscherin gegen die gutlaufende Glatteis, die aber zum Schluß zu ermüdet war, um ihre Konkurrentin abwehren zu können.

September - Hürdenrennen. 20 000 M. 3000 Meter. 1. Komoran (Kranzlein), 2. Merkur (Wigan), 3. Zinsbrud (Zheilen). Tot.: 29: 10, Platz: 25, 20, 19: 10. Ferner liefen: Koberich, Zechhausen, Stelita (ausgedr.), Brie (gef.), Wehrmann II, Hareggem. — Zufluß 18: 10. 20 000 M. 1200 Meter. 1. Theobald (H. Braun), 2. Geydlig (Rachmeier), 3. Schade (Dyhr). Tot.: 27: 10, Platz: 17, 28: 10. Ferner liefen: Burglitter, Sillana (ausgedr.). — Preis von Fallenberg. 30 000 M. 4400 Meter. Rarmolata (Winter), 2. Bennewar (v. Berchem), 3. Rannulph (Zigs). Tot.: 24: 10, Platz: 12, 11: 10. Ferner liefen: Dnyr, Schloßkönigin. — Haupt-Hürdenrennen. Ehrenpr. u. 100 000 M. 4000 Meter. 1. Kauscherin (Kranzlein), 2. Glatteis (Wacht), 3. Zaxlana (v. Keller). Tot.: 27: 10, Platz: 29, 12, 13: 10. Ferner liefen: Sem, Glatteis, Koberich, Sattm, Karja (gef.), Landvogt. — Red-Ross-Hürdenrennen. 25 000 M. 3400 Meter. 1. Xanthigut (Dyhr), 2. Hemer (Bismarck), 3. Kolgold (Ulrich). Tot.: 31: 10, Platz: 15, 15, 33: 10. Ferner liefen: Algebra, Sankt Martin (gef.), Gailpou III (ausgedr.), Winkler, Koltram II, Mittelstraße (gef.), Gausche II (angeh.), Wintmag (gef.), Werleburg (gef.). — Seiltouren-Hürdenrennen. 25 000 M. 3000 Meter. 1. Colberg (Arbel), 2. Lange (v. Keller), 3. Rappelpopf (Dyhr). Tot.: 17: 10, Platz: 12, 13: 10. Ferner liefen: Baleriana, Rokolores (gef.). — Jungfern-Hürdenrennen. 20 000 M. 2800 Meter. 1. Perzog (v. Keller), 2. Welfenbund (Ulrich), 3. Halbmond (Wegener). Tot.: 47: 10, Platz: 17, 20, 10: 10. Ferner liefen: Almanach, Crestel, Saffetta, Reichgrün, Rosenborn II, Sachstabe (gef.).

Berunglückte Jockeys. Oder, der mit Marfa zu Fall kam, zog sich einen Bruch der Hand und eine Gehirnerschütterung zu, während Jockey Buchholz, der mit Mittelstraße fiel, ziemlich schwere Verletzungen davontrug.

Aus aller Welt.

Unwetterkatastrophe in Amerika.

Infolge starker Regenfälle wurde in letzter Nacht das Geschäftsviertel von San Antonio (Texas) überflutet. Mehrere Straßen wurden 15 Fuß hoch überflutet. Man schätzt die Zahl der Toten auf 1200, von denen bisher nur 40 geborgen wurden. 2000 Menschen sind abdachlos. Die Fluten sind teilweise wieder zurückgegangen.

Korrespondenz G. meldet weiter: Die Ueberschwemmung in San Antonio in Texas hat weit größere Dimensionen angenommen, als die ersten Depeschen vermuten ließen. Alle Nebenflüsse des San Antonio sind innerhalb 36 Stunden über ihre Ufer getreten, alle Bäche und Flüsse wurden reißend und stiegen an mehreren Stellen um 30 Zentimeter. In mehreren Teilen der Stadt wurden Häuser einisch fortgeschwemmt, Rathaus und Polizeistation völlig zerstört. Stellenweise stieg das Wasser bis zum zweiten Stockwerk. Bis her konnten 40 Leichen geborgen werden. In ganz Texas sind Wasserfluten zu verzeichnen, auch in den Vereinigten Staaten hat die Ueberschwemmung großen Schaden angerichtet. Der Mississippi ist völlig über seine Ufer getreten. In Watertown gingen heftige Regenfälle nieder, die binnen kurzem die Wasserhöhe der Flüsse um 5 Zoll steigerten. Im Norden des Landes verminderte sich der Regen in Schnee. Die Temperatur in Montana nähert sich dem Gefrierpunkt, und man glaubt, daß die Kälte dem Osten zuwandere. Die erste Kälte wurde in New York verzeichnet.

Eisenbahnunglück bei Lyon.

Freitagabend ist der Schnellzug Straßburg—Lyon einige Kilometer vor Lyon entgleist, während er mit einer Stundengeschwindigkeit von 80 Kilometern fuhr. Drei Wagon, 3 Masse und ein Packwagen wurden umgeworfen. Die Zahl der Toten beträgt 33, die der Verletzten 60. Das Unglück soll durch falsche Weichenstellung hervorgerufen worden sein.

Verantwortlich für den rebalt. Zell: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: 23. Gode, Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft, Verlagsanstalt Haus Singer & Co., Berlin. Lindenstr. 2.

Gorin's Jüdem
Durch ein halbes
Stück Zucker's
Patent-Medizin-Selbe habe
ich das Uebel völlig beseitigt.
D. S. Volk-Gerg. Dazu
Zucker-Creme (nicht färbend
u. fettlos) in all. Apotheken,
Drogerien u. Parfümerien.

Zähne von 8 M. Teilzahl. 5 J. Garantie Kronen
an 18 M. Zahnzieh. mit Einspritz. höchst
schmerzlos. Umarb. schlechts. Geb. Rep.
Zahn-Arzt Dr. Wolf
sot Potsdamerstr. 53. Hochb.-St. Sprz. 9-7

Wohnungs-Austausch
A. SCHÄFER
Spedition (gegr. 1851) Lagerhaus
Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmsau 36
Langjährige bewährte Vertretungen in ganz Deutschland.

METROPOL
Behrenstraße 54
8 Uhr
II Schlager

Rose Theater
Nachm. 4 Uhr: Jugend
8 Uhr:
Die zärl. Verwandten

Soeben erschien! Soeben erschien!
G. Sinowjew
Die Kämpfe der Kommunistischen Internationale
Bericht über die Tätigkeit der Exekutive der K. I.
gegeben auf dem III. Weltkongreß der Kommunistischen
Internationale, Moskau, Juni 1921

Inhalt: Einleitung. / Die italienische Frage. / Die französische
Partei. / Die tschechoslowakische Frage. / Die skandinavischen
Parteien. / England und Amerika. / Die übrigen Länder. / Der
nahe und der ferne Osten. / Die Frauen- und die Jugendinter-
nationale. / Die künftigen Aufgaben der Exekutive. / Schlußwort. /
Resolution zum Bericht des Exekutivkomitees.

104 Seiten. / Preis broschiert 1.50 Mk., gebunden 6.— Mk.

Zu beziehen durch die
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley
Hamburg II 375/5*
sowie durch alle Buchhandlg. u. Organisationen der VKPD.

Circus Taraselli
am Bahnh. Friedrichstraße
Täglich Vorstellung
8 Uhr

Achtung! Achtung!
**Allgemeine
Ortskrankenkasse
Spandau.**

Gemäß § 19 der Wahlordnung
machen wir hiermit bekannt,
daß die zum 2. Oktober d. J.
angelegten Wahlen zum
Vorstand der Allgemeinen
Ortskrankenkasse Spandau nach
§ 9 a. d.
nicht stattfinden,
da, sowohl von den Arbeit-
gebern, wie von den Arbeit-
nehmern nur je eine gültige
Vorstandsliste eingereicht ist,
die somit als gemäßigt gelten.
Anschließend sollen die Wäh-
ler bis zum 10. Oktober
1921 bei dem Vorstand der
Allgemeinen Ortskrankenkasse
Spandau oder dem Verwalter-
amt Berlin-Spandau ein-
gurein.
Der Vorstand.
G. Richter, Vorsitzender.

Soeben erschien! Soeben erschien!
Karl Radek
Der Weg der Kommunistischen Internationale
(Referat über die Taktik der Kommunistischen Internationale,
gehalten auf dem III. Weltkongreß, Moskau, Juli 1921.)

Inhalt: Das allgemeine Bild der Weltlage. / Die
Theorie der holländischen Schule. / Die Erfahrungen der
Massenkämpfe: a) Der englische Bergarbeiterstreik. /
b) Der italienische Kampf. c) Der Dezemberstreik in
der Tschechoslowakei. d) Die Märzaktion. / Die Losungen
der nächsten Zukunft. / Schlußfolgerungen. / Schlußwort.

86 Seiten. Preis broschiert 1,50 M., gebunden 6 M.

Zu beziehen durch die
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley
Hamburg II 3625B*
sowie durch alle Buchhandlungen und Organisationen der VKPD.

Brillanten
Jagdgewehre,
Automatische Pistolen
u. w. (Kauf, Verkauf, Umtausch)
Gewehr-Fabrik
Gustav Rätzel, Berlin
Harkgrafenstr. 50.

**GOLD-
silber-
Platin-
Bruch**
kauft
Silber-Zentrale
Gotzkowskystraße 13

Gold-Letterie
12 370 Gew. o. Abz. M.:
300 000
75 000
40 000
Lose a. M. 4 Port. u. Liste
empfehlen und versendet
A. Christian Koch Bank
Hamburg 23, Kibitzstr. 66,
Potsdam-Klo. 389/20.

Lombard-Haus
H. Graf, Leipz. Str. 75 II
Höchste Belebung
Diskret., Realität
Gelegenheits-
käufe, Uhren,
Brillanten,
Schmucksachen,
10-50% unter Ladenpr.

Verkäufe
Wirklich der Billigste! Silber-
rührer, Kreuzschiffe, selten
haben, 250, prachtvolle russische
Silberstücke, Silberstücke,
Blauglas, Wert bis 1500,
jeht 400-600, Goldmann,
Kriegsdenkmäler 44 II, Gde
Rommantantenstr. 122R

Möbel
Chaiselongue 100,—, Chaisel-
onguebede 75,—, Metallbe-
ten 180,—, Rindbeckenbeil.
Beide, Kupferstr. 25a, Quer-
gebäude, 103R

Kaufgesuche
Quadranten, Silberstein,
kauft jedes Quantum, Metall-
tentor John, Aus Tob-
straße 125.

Verschiedenes
Beratungsgesuchen, er-
hoffentlich, G. H. B. J. G. G.
Italie 20, Humboldt 6085.

Bertrauensvolle Kaufauf-
gaben, gewisshaft, Frau Cha,
Sobanne a. D., Stargarder-
straße 75, 190R*

Bertrauensvolle Kaufauf-
gaben, gewisshaft, Frau Cha,
Sobanne a. D., Stargarder-
straße 75, 190R*